

Der Bürgermeister nimmt zur aktuellen Situation Stellung und trägt folgenden Bericht vor:

*Wir Kommunen konzentrieren uns derzeit vordringlich auf die Unterbringung der Flüchtlinge. Glücklicherweise unterstützen uns viele ehrenamtlich tätige Mitbürgerinnen und Mitbürger bei der Betreuung der zu uns gekommenen Menschen, wir als Gemeinde könnten diese Betreuung alleine überhaupt nicht leisten, auch wenn wir auch in diesem Aufgabensegment mit zusätzlichem Personal „unterwegs sind“. Es wird ohnehin eine Generationenaufgabe für unsere Gesellschaft sein, die jetzt schon zu uns gekommenen Menschen in unsere freiheitliche Gesellschaft zu integrieren. Diese Zuwanderer kommen in überwiegender Zahl aus ganz anderen Kulturkreisen und haben mitunter wenig Erfahrung mit einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft wie der unseren.*

*Ich sehe uns in Eitorf mittlerweile an der Grenze der Belastbarkeit unserer Gesellschaft angekommen und rate dringend dazu, den weiteren Zuzug deutlich zu begrenzen. Integration kann nur gelingen, wenn wir über die nötigen Ressourcen und die nötige Akzeptanz in der Gesellschaft verfügen. Ein ungebremster weiterer Zuzug sprengt den Rahmen unserer Möglichkeiten und würde zudem unsere Gesellschaft sprengen. Das kann niemand wollen, auch die bei uns Schutz suchenden Menschen nicht.*

*Bei allen kritischen Tönen meinerseits will ich eines dennoch ganz besonders betonen: Das ist der Dank an all die Menschen in Eitorf, die ehrenamtlich oder auch, weil es ihr Beruf ist, dafür gesorgt haben, dass wir es bis heute „geschafft haben“. Dieser Dank kann gar nicht oft genug wiederholt werden, ich tue es hiermit: **DANKE!***

*Was ich hier in Eitorf leider erleben muss ist, dass es auch bei uns Flüchtlinge gibt, die die „Grenzen“ unserer rechtsstaatlich organisierten Gesellschaft austesten.*

- *Vorfall vor Weihnachten in der Turnhalle (Manipulation an einer Gaskartusche, Einsatz Feuerwehr mit Evakuierung der Halle etc, Schlägerei)*
- *Bedrohung eines Mitarbeiters, Bedrohung eines Dolmetschers im neuen Jahr*

*Bewertung: Leider bringen einige wenige alle anderen Zuwanderer, die sich überwiegend friedlich verhalten, in Misskredit.*

- *Verhalten gegenüber Frauen (Beispiel Essensausgabe)*

*Eine weitere Einwohnerinformation ist geplant am Dienstag, 23.02.2016*

Unter Bezugnahme auf den Vorfall bei der Essensausgabe macht der Bürgermeister deutlich, dass so ein Verhalten gegenüber Frauen für ihn ein absolutes „No-Go“ sei. Man habe auch nicht aus falsch verstandener Rücksichtnahme das Personal ausgetauscht. Die Kritiker hätten dann letztendlich das Essen auch von den Frauen entgegengenommen.

Herr Pohl schildert die aktuellen Zahlen und ergänzt, dass mit Stand heute 396 Personen untergebracht seien. Davon seien 352 Asylbewerber, 20 Flüchtlinge, 18 abgelehnte Personen, 2 geduldete Personen, 2 mit Aufenthaltserlaubnis sowie eine unerlaubt eingereiste Person. Nach heutiger Aussage würden Eitorf bis Ende Februar keine weiteren Flüchtlinge zugewiesen, sondern zunächst den Städten, die ihr Soll noch nicht erfüllt hätten.

Herr Sterzenbach geht auf die Unterbringungssituation ein und bestätigt zunächst die hohe Belastung aller Beteiligten. Er betont, dass die nachfolgenden Daten aus Mitte Januar stammen, weil erst morgen eine Aktualisierung geplant sei. Auch seien Zusätze wie „circa“ oder „etwa“ wörtlich zu nehmen. Im Bestand habe die Gemeinde derzeit etwa 4300 m<sup>2</sup> Wohnfläche mit Flüchtlingen belegt. Davon fallen etwa 700 m<sup>2</sup> auf die bekannten eigenen Liegenschaften, die anderen Flächen auf angemietete Objekte, überwiegend übliche Wohnungen oder Wohnhäuser, verteilt auf nahezu alle Siedlungsgebiete der Gemeinde. Hinzu komme die Turnhalle Am Eichelkamp mit Platz für rund 90 Menschen, für die naturgemäß keine Wohnflächenangabe gemacht werden könne.

Die Planung des weiteren Bedarfs erweise sich aus den bekannten Gründen als sehr schwierig. Man müsse versuchen, ein Szenario zu entwerfen und dieses dann als Ausgangsbasis zu setzen. Wenn hier von Begriffen wie „Saldo“ und „Abgängen“ die Rede sei, sei dies nicht despektierlich gemeint, sondern zeige nur, dass einzig die sachliche Herangehensweise weiter helfe. Das angenommene Szenario bedeute, dass in 2016 bis 2019 jährlich im Saldo 100 Flüchtlinge mehr von der Gemeinde unterzubringen sind. Saldo deswegen, weil man auch mit Abgängen rechne, also Flüchtlinge, die z.B. nach Erhalt eines

Status einen anderen Aufenthalt nehmen, in die Heimat zurückgehen oder auch in eigene Mietverhältnisse übergehen. Davon ausgehend könne man in etwa folgendes annehmen:

2016 müssten 2000 – 2500 m<sup>2</sup> Wohnfläche zusätzlich bereitgestellt werden, um dem Szenario gerecht zu werden und Ersatz für die Turnhalle Eichelkamp zu schaffen. Deren Belegung sei im Sinne der Flüchtlinge völlig unzuweckmäßig, aber auch im Sinne der Gemeinde, weil die Unterbringung dort vergleichsweise teuer sei und wie bekannt die Sanitärräume mit der Maßnahme „Sanierung Hermann-Weber-Bad“ auch saniert werden müssen. 2017 müssten dann weiter rund 1400 m<sup>2</sup> Wohnfläche bereitgestellt werden, vorrangig wohl wie in 2016 zunächst durch Anmietung. Für 2018 und 2019 gelte das Gleiche. Im Ergebnis könnte die Gemeinde dann Ende 2019 etwa 700-800 Flüchtlinge unterbringen.

Herr Sterzenbach betont, dass jede signifikante Abweichung von dem Szenario, sei es in der absoluten Zahl oder bei Ungleichmäßigkeiten der Zuweisung, dann zu kurzfristigen Anpassungen der Art der Wohnraumbeschaffung führen müsse. Als Maßnahmen zur Bewältigung dieses Szenarios beabsichtige man unter grundsätzlicher Beibehaltung des bewährten gemischt zentral-dezentralen Konzeptes zusammengefasst folgendes:

1. Bleibende Asylbewerber/Flüchtlinge verstärkt in eigene Mietverträge überführen, was indes eine erhebliche Betreuung und Integrationsangebote einerseits und Integrationsbereitschaft andererseits erfordert.
2. Turnhalle Am Eichelkamp freimachen, allein dafür möglichst noch in 2016 1000 – 1300 m<sup>2</sup> Wohnfläche schaffen. In Vorbereitung dazu:
  - Anmietung Grundstücksfläche Siegstraße 162 von EWG
  - Bau von Holzständer-Wohnunterkünften wie Neunkirchen-Seelscheid für bis zu 100 Menschen (wohl die wirtschaftlichste Lösung auf 5 bis 10 Jahre).

Die Vorbereitungen laufen. Ein Maßnahmebeschluss ist vorgesehen für die Sitzungen ABV/Rat 15.03./11.04.2016.

3. Anmietung auf dem freien Markt nach wie vor forcieren
  - Erneuter Aufruf an den freien Markt ist in Februar/März geplant
  - Obereiper Mühle (oben noch nicht enthalten) Mietvertrag kurz vor Abschluss, Umbau von 24 Plätzen auf ca. 50 Unterbringungsmöglichkeiten in Prüfung und kommt dann in ABV, vorlaufend Vergabekommission (Planer)
  - Derzeit in Verhandlung mit GWG Neubau von 16 Wohnungen (ca. 960 m<sup>2</sup> = 50 – 100 Menschen) am Veilchenweg. 5-Jahres-Mietvertrag, Fertigstellung vor Ende 2017 nicht zu erwarten.

4. Neubau für langfristige Sicherung des Sockel-Bedarfs für Obdachlosenunterbringung aus jedwedem Rechtsgrund auf dem Grundstück Alzenbacher Str. (K 18, von Bitze kommend links vor BÜ).

- Kauf des Grundstücks von EWG (HA 14.03.2016 oder Rat 11.04.2016)
- Prüfung und Planung einer festen, dauerhaften und bedarfsgerecht-wirtschaftlichen Lösung als Wohnheim für Obdachlose der Gemeinde allgemein (dauerhafter Grundbedarf = 50 bis 100 Menschen). Hochbaumaßnahme mit Befassung von ABV und Rat zu gegebener Zeit. Bezug spätestens in 2019.

5. Fortsetzung der Sanierung Uferstraße 7 und 9 sowie Obere Hardt 11 (Feuchtigkeit im Fundament) als bis auf weiteres wesentliche eigene Einrichtungen. Erhalt Gebäude Auelswiese so lange wie technisch vertretbar und wirtschaftlich.

6. Verstärkung des Personaleinsatzes bei Betreuung der Liegenschaften sowohl bezüglich Gebäudeservice wie auch in der sozialen und integrativen Betreuung.

Herr Strack geht auf die finanzielle Situation ein und führt aus, dass man zurzeit allenfalls „auf Sicht“ fahre. Im Grunde sei kein Umstand planbar. U.a. verweist er auf eine Schiefelage hinsichtlich der Bezuschussung – insbesondere für das Jahr 2016. Er erinnert an die für Eitorf angekündigte Förderung von 10.000 Euro pro Flüchtling. In dem Zusammenhang verweist er auf die besondere Kostenintensität

bei Belegung einer Turnhalle, u.a. durch die organisierte Essensausgabe und die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes. Mit der Turnhallenbelegung lägen die Kosten oberhalb der genannten 10.000 Euro, nämlich bei etwa 10.900 Euro. Insofern bestehe eine Schieflage, die sich 2017 ändere, da dann die Belegung der Halle nicht mehr vorgesehen sei. Außerdem würden die versprochenen 10.000 Euro in 2016 nicht gezahlt. Die 10.000 Euro pro Flüchtling hätten der Berechnung einer vom Land ausgeschütteten Geldmenge gedient. Allerdings beziehe sich der Verteilerschlüssel bei angenommenen 195.000 Flüchtlingen (Stichtag 30.11.) nicht auf die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge, sondern auf 90 % Einwohnerzahl und 10 % Flächenanteil. Somit würde für 2016 an Eitorf ein Betrag von 6.993,00 Euro pro Flüchtling gezahlt bei Kosten in Höhe von 10.900 Euro. Es sei noch nicht klar, wie dieses im Haushalt 2016 abgebildet werde. Ergänzend verweist er auf die Bemühungen auf Kämmerer- und Bürgermeisterebene, in der Sache eine andere Lösung herbeizuführen und die Mechanismen wieder ins reine zu bringen. De facto erfolge eine Förderung der großen Städte, die aber teilweise ihr Aufnahmesoll bei weitem noch nicht erfüllt hätten. In 2017 sei dies wieder im Lot, für 2016 müsse man sich etwas einfallen lassen.

Schließlich geht Herr Strack auf die Investitionen ein. Baue man selber, erhalte man im Gegensatz zum Anfang der 90er Jahre (Situation Balkan) dafür heute keine Zuschüsse mehr. Erstmals seit vielen Jahren sei eine Nettokreditaufnahme in Höhe von rund 3 Mio. Euro erforderlich. Zurzeit werde zwar eine Null-Prozent-Finanzierung ermöglicht, gleichwohl müsse man zurückzahlen.

Herr Strausfeld bezieht sich auf das Gespräch der Bürgermeister mit den Bundes- und Landtagsabgeordneten ein. Ihn interessiere, wie sich zu dem Verteilerschlüssel die Landtagsabgeordneten äußerten.

Die Abgeordneten, so führt der Bürgermeister aus, seien „etwas überrascht“ gewesen, da der Eindruck entstanden sei, dass sich das Land mit dem Städte- und Gemeindebund verständigt hätte. Offensichtlich habe es unterschiedliche Wahrnehmungen gegeben. Es sei anl. des Termins ausgemacht worden, weitere Termine folgen zu lassen. Das Problem sei erkannt worden und man wolle es erneut zur Sprache bringen. Neueres dazu habe er aber bis heute nicht gehört.

Auf Frage von Herrn Utsch erklärt Herr Strack, dass Stichtag für die Berechnungsgrundlage des Zuschusses der 30.11.15 gewesen sei. Dies würde aber noch auf den 31.12.2015 angepasst. Zwar sei es sicher nötig, weitere Anpassungen vorzunehmen, inwieweit und zu welchem Zeitpunkt dies geschehe, sei im Moment aber noch nicht absehbar.

Frau Zorlu kritisiert, dass es zum Thema keine Vorlage geben habe. Man hätte sich gerne vor der Sitzung informiert und vorbereitet. Herr Jüdes äußert sich im Laufe der Aussprache ebenfalls in diese Richtung. Man habe als gewählter Vertreter auch eine Informationspflicht den Einwohnern gegenüber. Bezüglich der Einwohnerinformation fragt Frau Zorlu, wer auf dem Podium sitze und ob auch die Flüchtlingsinitiative einbezogen werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass er den Wunsch nach der Vorlage zwar nachvollziehen könne, verweist aber auf den großen zeitlichen Druck und die Tatsache, dass man praktisch bis unmittelbar vor der Sitzung noch Zahlenmaterial und Informationen zusammengestellt habe.

Herr Sterzenbach ergänzt, dass eine Beschlussvorlage mit Vorbereitung und Berücksichtigung der Einladungsfristen eine längere Vorlaufzeit erfordere. Dies bedinge, dass darin genannte Informationen ggf. nicht mehr aktuell seien. Über die von ihm angesprochenen Maßnahmen fügt er hinzu, dass weitere Gremien, wie ABV etc. ja in die weiteren Schritte einbezogen würden. Zudem werde die Niederschrift mit den Informationen zeitnah erstellt.

Da der nachfolgende Satzungsbeschluss ohnehin auf der Tagesordnung war, ergänzt der Bürgermeister, habe er sich genau aus dem Grund einer ausreichenden Information entschieden, einen Sachstandsbericht ebenfalls auf die Tagesordnung zu nehmen. Es gehe nicht darum, was man wolle, sondern was man könne und was leistbar sei.

Bezüglich der für den 23.02. geplanten Infoveranstaltung stellt der Bürgermeister klar, dass es sich nicht um ein Diskussionsforum handelt, sondern um eine Information der Verwaltung an die Einwohner mit der Möglichkeit von Fragestellungen.

Herr Dr. Finke bezieht sich auf die Aussagen des Bürgermeisters und möchte wissen, wie sich die zitierte „Grenze der Belastbarkeit“ speziell in Eitorf äußere. Er möchte auch wissen, was man in konkreten Fällen, in denen Flüchtlinge in einzelnen Fällen „über die Stränge schlagen“, tun könne. Außerdem geht er auf die haushaltsmäßige Umsetzung ein, ggf. auch mit Blick auf die Steuerhebesätze. Diesbezüglich verweist er auch auf die in Facebook geäußerten Ängste.

Herr Strack stellt deutlich klar, dass seiner Aussage gemäß noch nicht klar sei, wie man haushaltsmäßig die Situation abbilde. Dies beziehe sich aber ausschließlich auf das Jahr 2016. Man gehe davon aus, dass dies ab 2017 in geordneten Bahnen laufe. Für 2016 werde es keine Änderungen mehr bei den Hebesätzen geben, da diese abschließend festgelegt seien.

Zur Grenze der Belastbarkeit schildert der Bürgermeister die Probleme bei der sog. Man-Power, die u.a. dazu noch durch akute krankheitsbedingte Ausfälle verschlechtert werde. Auf gewisse Vorfälle eingehend verweist der Bürgermeister auf eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Eitorfer Polizei. Die Vorfälle seien eingehend besprochen worden und bei der Polizei aktenkundig. Zudem habe er nach dem Vorfall vor Weihnachten nach Evakuierung der Halle am 22.12. eine eindringliche Ansprache an die Flüchtlinge gehalten, die „angekommen“ sei und am Ende auch mit Applaus bedacht wurde. Er biete an, die Ansprache zu Protokoll zu geben (**Anlage 1**). Bei der seinerzeitigen Aktion habe es auch eine Kontrolle der Polizei auf gefährliche Gegenstände gegeben. Seiner Meinung nach, habe es Eindruck gemacht, dass der Rechtsstaat die Grenzen aufgezeigt habe.

Herr Meeser geht auf die geplanten Unterbringungen ein und hält eine gehäufte Unterbringung von Flüchtlingen für nicht glücklich. Er favorisiere nach wie vor eher eine dezentrale Lösung.

Der Bürgermeister teilt diese Meinung, verweist aber auf die prognostizierten Zahlen. Es sei dringend geboten, den Zuzug zu begrenzen. Unter Hinweis auf Äußerungen in Facebook trägt er folgendes Statement vor:

*Mit Beschimpfungen oder gar Hass kommen wir überhaupt nicht weiter: Weder mit Beschimpfungen der Flüchtlinge, noch mit Beschimpfungen der Regierenden. Und auch nicht mit Beschimpfungen von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die der Zuzugssituation sehr kritisch gegenüberstehen. Im Gegenteil: Je mehr diejenigen, die die jetzt erlebte Zuwanderung ablehnen, je mehr diese Menschen von einem Teil der Gesellschaft in die rechte oder gar Nazi-Ecke gedrängt werden, desto mehr wird unsere Gesellschaft gespalten und desto mehr freuen sich die rechten Extremisten: Bekämen sie doch Menschen direkt in die Arme getrieben, die sich von sich aus gar nicht in der rechten Ecke verortet hätten.*

*Was die Kritik gegenüber den Regierenden und die Kritik gegenüber dem derzeit in Berlin gefahrenen Kurs in der Flüchtlingspolitik angeht, wiederhole ich: Keine Beschimpfungen! Aber sachlich und respektvoll vorgetragene Kritik: Ja bitte! Es ist jedem Bürger unbenommen, seine Sicht der Dinge in sachlicher und respektvoller Form an unsere Volksvertreter, die frei gewählten Abgeordneten in unseren Parlamenten, heranzutragen. Und jedem Bürger ist es unbenommen, bei der nächsten Wahl neu über die Zusammensetzung unserer Volksvertretungen in Bund und Land mitzuentcheiden. Das sind in einer Demokratie Selbstverständlichkeiten, dennoch betone ich das hier ausdrücklich, um eine gepflegte Form der Auseinandersetzung anzumahnen.*

Herr Dr. Finke hält es für sinnvoll, zwei Dinge in der Diskussion zu trennen. Zum einen gehe darum, wie man gesamtgesellschaftlich in Deutschland mit dem Problem umgehe, zum anderen darum, wie man konkret in Eitorf das Problem löst. Mit Blick auf die Aufgaben von Hauptausschuss und Rat, halte er es nicht für zielführend, auf die Bundespolitik abzustellen, sondern die Diskussion auf die konkrete Situation in Eitorf zu fokussieren. So sei es beispielsweise wichtig, den sich abzeichnenden Riss durch die Gesellschaft gerade hier in Eitorf zu kitten.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass es richtig sei, Eitorf als erstes zu betrachten. Dies ließe sich aber nicht völlig losgelöst von dem anderen sehen. Die Aussage, dass man in Eitorf an der Grenze der Belastbarkeit angekommen sei, gehe von ihm aus laut und deutlich nach oben. Dies gehöre zu seiner Auffassung von Amtsführung. Zudem habe er sich genau die von ihm unterschriebene

Verpflichtungserklärung bei seiner Amtseinführung angesehen. Darin sei eindeutig enthalten, dass er die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Gemeinde Eitorf zu erfüllen habe. Zu dieser Pflicht gehöre es, im angesprochenen Sinne aufmerksam zu machen. Es sei eine Generationenaufgabe, die Menschen nicht nur aufzunehmen und mit Essen zu versorgen, sondern diese auch zu integrieren. Dies sei nur zu schaffen, wenn der weitere Zustrom deutlich begrenzt werde.

Herr Thienel begrüßt die beabsichtigte Einwohnerinformation. Unter Hinweis auf die Veröffentlichungen zur beabsichtigten Unterbringung von Flüchtlingen in der Obereiper Mühle verweist er auf Aktivitäten in Facebook. Dort gebe es wohl eine Gruppe mit rund 300 Leuten „Eitorf bleibt sicher“. Er habe sich dies angesehen, deutliche rechte Tendenzen seien teilweise zu erkennen. Er bedaure dies vor allem deshalb, weil Eitorfer in Misskredit gebracht würden von Nutzern, die gar nicht aus Eitorf kämen sondern aus rechten Kreisen aus anderen Gemeinden. Er regt an, dass der Bürgermeister offiziell Stellung nimmt, insbesondere auch mit Blick auf das weitere Vorgehen an der Obereiper Mühle.

Der Bürgermeister geht kurz darauf ein. Er selber habe sich die Gruppe angesehen. Er bezieht sich auf die Mechanismen in Facebook und vermutet, dass in der Gruppe Personen sind, die sich dort gar nicht selber angemeldet haben. Er verweist auf die Gefahr, dass Menschen, die sich evtl. sehr kritisch äußerten, sich nun in einer Ecke wiederfänden, wo sie eigentlich gar nicht hingehörten. Es biete sich eher an, das Gespräch mit diesen Kritikern zu suchen.

Auf Frage des Bürgermeisters ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen mehr.